

20. Juli 1944: Ein kritischer Blick auf Attentat und politische Ziele

Category: Geschichte, Politik

20. Juli 2026



Claus Schenk Graf von Stauffenberg gehört zu den meistverehrten Figuren der deutschen Erinnerungskultur. Straßen, Kasernen und Schulen tragen seinen Namen, jedes Jahr wird am 20. Juli seiner und der anderen Verschwörer im Innenhof des Bendlerblocks gedacht. Diese Verehrung ist verständlich – wer unter Lebensgefahr gegen ein mörderisches Regime aufbegehrt, verdient Respekt. Doch eine unkritische Heldenerzählung wird der historischen Komplexität nicht gerecht. Wer genauer hinschaut, stößt auf ambivalente Motive, ein zögerliches Handeln erst in der Spätphase des Krieges und – vor allem – auf politische Neuordnungspläne, die alles andere als eine liberale Demokratie vorsahen – ein Aspekt, der heute weitgehend unbeachtet ist. Wer war Stauffenberg?

Claus Schenk Graf von Stauffenberg wurde 1907 in eine alte schwäbisch-katholische Adelsfamilie geboren und war von Jugend an geprägt von einem konservativ-nationalen, elitären Standesbewusstsein. Als Berufsoffizier diente er unter anderem in Polen, Frankreich, der Sowjetunion und Nordafrika, wo er im April 1943 bei einem alliierten Luftangriff schwer verwundet wurde: Er verlor das linke Auge, die rechte Hand sowie zwei Finger der linken Hand. 1944 wurde er Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres, General Friedrich Fromm – eine Position, die ihm Zugang zu Hitlers Lagebesprechungen verschaffte und ihn zur Schlüsselfigur der militärischen Verschwörung machte.

Der 20. Juli 1944: Ablauf und Scheitern



Am Vormittag des 20. Juli 1944 platzierte Stauffenberg in der „Wolfsschanze“, Hitlers Führerhauptquartier in Rastenburg, Ostpreußen, eine mit Sprengstoff präparierte Aktentasche unter dem massiven Kartentisch, an dem die Mittagslage besprochen wurde.

Zwei Umstände retteten Hitler vermutlich das Leben: Die Besprechung fand wegen der sommerlichen Hitze in einer leichten Holzbaracke statt, anstatt im üblichen Betonbunker, wodurch sich die Druckwelle weniger konzentriert entlud, und ein Offizier soll die Tasche kurz vor der Explosion hinter einen massiven Tischfuß geschoben haben, der einen Teil der Wucht abfing. Vier Menschen starben, Hitler selbst erlitt nur leichte Verletzungen. Stauffenberg, der die Explosion aus der Ferne beobachtete und Hitler für tot hielt, flog nach Berlin, um dort „Operation Walküre“ auszulösen – den eigentlich für die Niederschlagung von Unruhen vorgesehenen Plan des Ersatzheeres, der nun zur Machtergreifung der Verschwörer umfunktioniert werden sollte. Doch die Umsetzung geriet von Beginn an ins Stocken: Zögerliche Befehlshaber, unklare Kommunikation und vor allem die sich schnell verbreitende Nachricht, dass Hitler überlebt hatte, ließen den Staatsstreich binnen weniger Stunden kollabieren.

General Fromm, selbst in die Vorbereitungen eingeweiht, wechselte die Seiten, um sich selbst zu schützen, und ließ Stauffenberg noch in der Nacht zum 21. Juli zusammen mit Friedrich Olbricht, Werner von Haeften und Albrecht Mertz von Quirnheim im Hof des Bendlerblocks erschießen.



In den folgenden Wochen wurden etwa 200 Personen im Zusammenhang mit der Verschwörung hingerichtet, Tausende verhaftet – darunter, im Rahmen der „Sippenhaft“, auch unbeteiligte Familienangehörige.

Die geplante politische Neuordnung: kritische Fragen

Der eigentlich aufschlussreiche – und in der öffentlichen Wahrnehmung meist ausgeblendete – Teil der Geschichte betrifft das politische Programm, das nach einem geglückten Umsturz hätte umgesetzt werden sollen.

Keine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. Die führenden zivilen Köpfe der Verschwörung, allen voran der als künftiger Reichskanzler vorgesehene Carl Friedrich Goerdeler und der als Staatsoberhaupt vorgesehene General Ludwig Beck, lehnten die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik mehrheitlich ab. Sie machten sie – wie große Teile des konservativen Bürgertums und Militärs – für die politische Instabilität der 1920er Jahre mitverantwortlich. Ihr Ziel war kein Zurück zu einem Staat nach Prägung der Weimarer Republik, sondern ein autoritär geführter, ständisch geprägter Staat mit starker Exekutive.

Goerdelers Verfassungsentwürfe. Die von Goerdeler und seinem Umfeld erarbeiteten Verfassungspläne sahen unter anderem vor:

ein abgestuftes, an Alter, Familienstand oder Leistung geknüpftes Wahlrecht anstelle des gleichen allgemeinen Wahlrechts,
eine berufsständisch statt parteipolitisch zusammengesetzte zweite Kammer,

eine deutliche Beschneidung der Rolle politischer Parteien, ein starkes, kaum parlamentarisch kontrolliertes Kanzleramt. Das war, in der Rückschau vieler Historiker, eher der Entwurf eines konservativ-autoritären Obrigkeitsstaats als einer liberalen Demokratie westlichen Zuschnitts.

Antisemitismus und Ambivalenz im konservativen Widerstand. Ein besonders unbequemer Befund: Nicht alle Verschwörer waren im heutigen Sinne uneingeschränkte Gegner rassistischer Politik. In der Forschung wird darauf hingewiesen, dass frühe Nachkriegsentwürfe aus Goerdelers Umfeld noch Einschränkungen der vollen bürgerlichen Gleichstellung von Juden vorsahen – weit entfernt zwar von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, die die Verschwörer ausdrücklich verurteilten, aber ebenso weit entfernt von einem konsequenten Gleichheitsgrundsatz. Das verweist auf den nationalkonservativen, keineswegs liberal-egalitären Hintergrund vieler Beteiligten.

Der „Spätzünder“-Einwand. Auffällig ist auch der Zeitpunkt: Ernsthafte Umsturzpläne mit realistischer Erfolgsaussicht verdichteten sich vor allem nach der Niederlage von Stalingrad 1943, als eine deutsche Kriegsniederlage absehbar wurde. Das nährt die in der Forschung diskutierte These, ein wesentliches Motiv sei weniger die Rettung der NS-Opfer als vielmehr die Rettung Deutschlands vor der totalen Zerstörung und die Sicherung eines Verhandlungsfriedens aus einer noch nicht völlig aussichtslosen Position gewesen. Andere Widerstandskreise – etwa der Kreisauer Kreis um Helmuth James von Moltke oder die Studenten der „Weißen Rose“ – handelten demgegenüber bereits Jahre früher und deutlich stärker aus grundsätzlicher moralischer beziehungsweise religiöser Überzeugung, obwohl sie über weit weniger Machtmittel verfügten.

Stauffenberg selbst: eine ambivalente Entwicklung

Auch Stauffenbergs eigener Weg war kein geradliniger. In seinem Milieu aus katholischem Adel und Militär war in den frühen 1930er Jahren eine Sympathie für Teile der „nationalen Erneuerung“ und einen autoritären Führungsstaat verbreitet, und Stauffenberg bildete davon keine Ausnahme. Erst der direkte Kontakt mit Kriegsverbrechen an der Ostfront – Massenerschießungen, die menschenverachtende Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilisten – sowie die sich abzeichnende militärische Katastrophe führten ihn ab etwa 1942/43 in aktiven Widerstand. Über seine konkreten politischen Vorstellungen für die Zeit nach einem geglückten Staatsstreich ist deutlich weniger überliefert als über die Goerdelers, da Stauffenberg vor allem der militärische Kopf, nicht der politische Theoretiker der Gruppe war. Vieles spricht jedoch dafür, dass auch er sich eher eine autoritär geführte Übergangsordnung als eine sofortige Rückkehr zur vollen parlamentarischen Demokratie vorstellte.

Einordnung und Fazit

Nichts von alldem schmälert, dass Stauffenberg und seine Mitverschwörer

unter Einsatz ihres Lebens gehandelt haben und dass ein Gelingen des Attentats den Krieg früher beendet, Millionen Menschenleben gerettet und den Holocaust früher gestoppt hätte. Doch eine seriöse historische Betrachtung – wie sie in der deutschen Forschung seit den 1980er Jahren zunehmend Standard ist – darf nicht bei der Heroisierung stehenbleiben. Der 20. Juli war der Versuch einer nationalkonservativen Elite, den Nationalsozialismus zu beenden, um an dessen Stelle einen autoritären, ständisch geprägten Staat zu setzen – nicht den Aufbau der liberalen Demokratie, wie sie später mit dem Grundgesetz entstand. Diese Differenzierung nimmt den Verschwörern nichts von ihrem persönlichen Mut, macht die Geschichte aber ehrlicher und komplexer, als es das gängige Gedenknarrativ oft zulässt.